30 Seiten |
3A Seiten

-1A-

Kulturausschuß

Protokoll

25. Sitzung (nicht öffentlich)

7. Oktober 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 16.40 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Matthäus (CDU)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

in Verbindung mit:

Artikel I §§ 17, 20, 22 und 24 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4202

Kulturausschuß
25. Sitzung

07.10.1992
ei-mj

Seite

**a) Einzelplan 05 - Kultusministerium
- Kulturetat -**

Vorlagen 11/1546, 11/1583 und 11/1611

- Ergänzende Erläuterungen zu der bereits vorliegenden
Einführung durch Kultusminister Schwier 1
- Aussprache 4

**b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- kulturelevante Haushaltspositionen -**

Vorlage 11/1542

- Einführungsbericht durch MDgt Dr. Dästner (StK) 9
- Aussprache 13

**c) Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr
- Kap. 15 040 Titelgruppen 70 und 80,
Kap. 15 070 und Kap. 15 300 -**

Vorlagen 11/1518 und 11/1530

- Ergänzende Erläuterungen zu der bereits vorliegenden
Einführung durch MDgt Dr. Roters (MSV) 14
- Aussprache 18

**2 Gesetz über die Verleihung der Rechtsstellung einer Anstalt
des öffentlichen Rechts an die "Katholische Soldatenseelsorge"**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/3019

Der Gesetzentwurf wird ohne Diskussion bei Abwesenheit
der Fraktion DIE GRÜNEN einstimmig **unverändert angenommen.**

Berichterstatterin: Abgeordnete Matthäus (CDU)

3 Finanzbedarf der Freien Theater

Der Ausschuß nimmt einen kurzen Bericht von StS Dr. Besch (KM)
entgegen.

22

In der folgenden Aussprache erörtert der Ausschuß die
Ausgangsfrage der Bezuschussung der Theaterkooperative
in Herne sowie generell die Förderung der "Freien" bzw.
"Privattheater".

23

4 Personalsituation im Literaturbüro Detmold

StS Dr. Besch (KM) gibt eine kurze Stellungnahme ab.

29

5 Verschiedenes

29

Aus der Diskussion**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4200

in Verbindung mit:

Artikel I §§ 17, 20, 22 und 24 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4202

Wegen eines Termins von Kultusminister Schwier vereinbart der Ausschuß, zuerst Einzelplan 05 zu behandeln.

a) **Einzelplan 05 - Kultusministerium
- Kulturetat -**

Vorlagen 11/1546, 11/1583 und 11/1611

Kultusminister Schwier trägt vor:

Wie Sie sicher gemerkt haben, habe ich in diesem Jahr einmal einen anderen Weg bei der Vorstellung des neuen Haushalts gewählt: Die Ausführungen zum Haushaltsentwurf 1993 mit dem Rechenschaftsbericht 1992 sind Ihnen vorab

schriftlich zugegangen. Das ist eine Folge der Erfahrungen der vergangenen Jahre, denn es blieb nie genügend Zeit zu entsprechender Diskussion. Wir können anschließend gemeinsam feststellen, ob das der richtige Weg ist oder wir zum alten zurückkehren sollten.

Das Zahlenwerk und die notwendigen Erläuterungen sind Ihnen vorgelegt worden. Lassen Sie mich aber noch wenige Anmerkungen machen. Das gilt besonders für drei Projekte, denen nicht nur eine kulturelle, sondern eine außerordentlich wichtige politische Bedeutung zukommt. Ich meine damit den Neubau der Synagoge in Aachen, das Leipzig-Festival in Köln und das Gastspiel von Roberto Ciulli mit dem Roma- und Sinti-Theater aus Skopje in den neuen Bundesländern.

Der Zuschuß zum Neubau der Synagoge in Aachen hat auch Symbolcharakter. Er verdeutlicht, daß wir uns unserer Verpflichtung aus einer schmachvollen Vergangenheit bewußt sind. Dies allein würde bereits ausreichen, den Zuschuß zu begründen. Er gewinnt aber eine zusätzliche Bedeutung durch die Ereignisse der letzten Wochen. Mit Erschrecken stellen wir fest, daß hier und da die dämonische Fratze des Antisemitismus wieder ihr Unwesen treibt und uns ins Gewissen sticht. In diesem Moment einen Zuschuß für den Neubau einer Synagoge zu gewähren, möge auch als ein Zeichen verstanden werden, das den Antisemitismus in die Schranken weist und unübersehbar kenntlich macht, daß Parlament und Landesregierung ihn verdammen.

Auch der Zuschuß zum Leipzig-Festival ist von politischer Bedeutung. Der Ministerpräsident hatte bei der Vorstellung nordrhein-westfälischer Kunst in Leipzig 1989 zugesagt, den Leipzigern Gelegenheit zu geben, ihre Kultur in Nordrhein-Westfalen zu präsentieren. Die politischen Verhältnisse haben sich seitdem gottlob geändert, und man könnte zu Recht fragen, ob es heute noch angebracht sei, das seinerzeit gegebene Wort einzulösen. Denn hier handelt es sich wirklich um etwas, das mit "Lösegeld" zu tun hat. Dies gilt vor allen Dingen vor dem Hintergrund, daß sich in Leipzig ein ganzes Land vorstellte, während sich in Nordrhein-Westfalen lediglich - denken Sie sich das aber in Führungszeichen - eine Stadt vorstellt. Wir haben diese Frage selbstverständlich geprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß das Wort einzuhalten sei.

Schließlich zum Gastspiel des Sinti- und Roma-Theaters, daß das Theater an der Ruhr in Mülheim aufgenommen hat, in Mecklenburg-Vorpommern. Wie wichtig dieses Gastspiel sein kann, habe ich in meinen schriftlichen Ausführungen dargetan. Ich weiß, daß dieses Gastspiel in der derzeitigen Situation durchaus zu

Konfrontationen führen kann. Ich habe daher die Ministerien in den in Frage kommenden Ländern schriftlich informiert. Zudem ist über diese Absicht im Kulturausschuß der Kultusministerkonferenz berichtet worden. Auch dort wurden die möglichen Schwierigkeiten selbstverständlich erkannt. Dennoch wurde das Vorhaben eindeutig begrüßt. Nicht nur Vertreter der neuen Bundesländer, sondern auch Vertreter alter Bundesländer haben darum gebeten, daß das Gastspiel auch in ihren Ländern stattfinden möge. Sie ersehen daraus, daß das Vorhaben von Roberto Ciulli, das von der Staatskanzlei und vom Kultusministerium finanziell unterstützt wird, auf einen breiten Widerhall gestoßen ist.

Abschließend noch eine Bemerkung zum letzten Absatz in der schriftlichen Vorlage, in der ich auf den Ausspruch eines Berichterstatters im WDR eingehe, der von einer "kulturüberfrachteten" Landschaft Nordrhein-Westfalen gesprochen hatte. Ich habe in diesem Absatz zum Ausdruck gebracht, daß ich diese Formulierung durchaus auch als Kompliment verstehe, aber zugleich als leise Kritik. Ich habe weiter gesagt, daß ich über diese Kritik nachdenken möchte - auch zusammen mit Ihnen. Ich will jetzt kurz andeuten, welche denkbare Konsequenz ich daraus ziehen könnte.

Was außerhalb jeder Betrachtung liegt, wäre, die Zuschüsse der öffentlichen Hand aus diesem Grunde zu senken. Was aber durchaus möglich wäre, ist eine Umgestaltung der Förderung in dem Sinne, daß wir unsere Mittel konzentrierter einsetzen als bisher.

Lassen Sie mich das an einem Beispiel deutlich machen, das sich bereits abzuzeichnen beginnt. In der vergangenen Woche hat Frau Dr. Galsterer ein Gespräch mit den fünf Literaturbüros in Nordrhein-Westfalen geführt. In diesem Gespräch hat der Gedanke Gestalt angenommen, die Arbeit der Literaturbüros enger miteinander zu verknüpfen - in dem Sinne, daß die Literaturbüros sich auf ein oder zwei wesentliche Projekte in ihrem Arbeitsbereich im Jahr einigen und diese dann verstärkt in ihren Regionen durchführen. Das hätte den enormen Vorteil, daß die Mittel, die wir zur Verfügung stellen können, konzentriert eingesetzt werden und damit die Qualität der Veranstaltungen - die möglichst viele Regionen des Landes erreichen - gehoben werden kann.

Dieses Beispiel soll deutlich machen, worauf ich gerne die Aufmerksamkeit im nächsten Jahr lenken möchte.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) bittet den Minister erstens, zu einer Diskussion Stellung zu nehmen, die zur Zeit in einigen nordrhein-westfälischen Großstädten mit größeren Museen stattfindet. Dort heiße es unter Hinweis auf die Schwierigkeiten mit Ausstellungsetats, Ankaufsetats, Eintrittspreisen usw., daß das Land erhebliche Beträge an die Stiftung Preußischer Kulturbesitz schicke, mit denen Berlin sich Standards erlaube, die sich kein Museum in Nordrhein-Westfalen leisten könne.

Zweitens macht er darauf aufmerksam, daß die Probleme, die in der jüdischen Gemeinde in Aachen zu dem Neubau der Synagoge führten, in ähnlicher Weise auch in anderen Kommunen des Landes aufträten; beispielsweise in Recklinghausen/Herne und Krefeld. In Krefeld sei die jüdische Gemeinde in den letzten Jahren von 120 auf 240 Mitglieder angewachsen, die in dem derzeitigen Gemeindezentrum nicht untergebracht werden könnten. Auch anderswo hätten Zuwanderer aus den Länder der ehemaligen Sowjetunion zu einem Anwachsen der Zahlen geführt. Er wüßte gerne, wie die Landesregierung auf diesen Tatbestand zu reagieren gedenke.

Drittens: Die SPD-Fraktion begrüße, daß die Förderung der Landestheater ins Gemeindefinanzierungsgesetz aufgenommen worden sei. Er vermöge nicht zu unterscheiden, warum die Landesorchester, die eine vergleichbare Struktur hätten, nicht in das Gemeindefinanzierungsgesetz einbezogen würden, und erfähre gerne die Meinung des Ministers dazu, ob vielleicht für den Haushalt 1994 ein Versuch in der Richtung unternommen werden sollte.

Viertens: Was die Kulturpräsentation Leipzigs angehe, denke seine Fraktion darüber nach, ob angesichts des Umstandes, daß sich die Lage seit 1989 entscheidend verändert habe, der vorgesehene Ansatz von 1 Million DM zugunsten anderer Maßnahmen ein wenig gekürzt werden könne. Ihn würde interessieren, warum das Leipzig-Festival nicht mit dem Kulturausschuß erörtert worden sei.

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) begrüßt, daß kulturpolitische Projekte auch unter den von Minister Schwier genannten politischen Aspekten gefördert würden. Angesichts der gegenwärtigen Situation stehe es der Politik gut an, Projekte wie das von Roberto Ciulli, die vielleicht eine Art Gegenpart gegen die Gewalt gegen Ausländer bilden könnten, energisch zu unterstützen. Sie wüßte gerne, ob das Ministerium schon einmal überlegt habe, dem Roma- und Sinti-Theater aus politischen Gründen eine Möglichkeit des dauerhaften Verbleibs in Nordrhein-Westfalen anzubieten.

Anknüpfend an die Schlußbemerkungen des Ministers zur "kulturüberfrachteten" Landschaft Nordrhein-Westfalens und zu einer möglichen Konzentration der Mittel bei

den Literaturbüros fragt die Abgeordnete, ob der Minister auch bei anderen Bereichen über eine Förderungskonzentration nachdenke.

Abgeordneter Dr. Horn (CDU) unterstützt die Ausführungen des Ministers zu dem Neubau der Synagoge in Aachen. Es sei richtig, ein positives Zeichen zu setzen, auch wenn aus anderen jüdischen Gemeinden angesichts des Zuzugs aus dem Osten sicherlich ähnliche Wünsche auf das Land zukämen, über die dann gegebenenfalls zu entscheiden sei.

Bezüglich der Stiftung Preußischer Kulturbesitz sei daran zu erinnern, welch hohen Einsatz die Stiftung erbringen müsse, um Kulturgüter zu bewahren, die von der Vernichtung bedroht gewesen seien. Dieser Einsatz müsse trotz aller Kritik für einige Jahre fortgesetzt werden; er sei dankbar, daß Nordrhein-Westfalen hier einen eindeutigen Kurs verfolge.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) fragt erstens, wie der Kultusminister die Situation der Philharmonia Hungarica beurteile.

Zweitens sei er mit Dr. Gerritz der Auffassung, daß der Zuschuß für das Leipzig-Festival heute anders zu bewerten sei als 1989; denn inzwischen habe das Land Nordrhein-Westfalen Vereinbarungen mit Brandenburg, und für Sachsen seien anderen Partnerländer in der Verantwortung. Der Kulturausschuß sollte überlegen, ob mit bestimmten, für große Kulturveranstaltungen vorgesehenen Mitteln nicht besser andere, konkrete Hilfen für die Kultur im Lande gegeben werden sollten.

Inwieweit zwischen den Standards der Stiftung Preußischer Kulturbesitz und der Ausstattung von Museen in Nordrhein-Westfalen Vergleiche gezogen werden könnten, sollte der Ausschuß vielleicht in Ruhe diskutieren. Er sähe sich nicht in der Lage, etwa einer Kürzung der Mittel für den Preußischen Kulturbesitz zuzustimmen.

Zu dem vom Minister erwähnten Gesprächen über eine Förderungskonzentration bei den Literaturbüros dürfe er eine Erfahrung aus Gesprächen mit Partnern in Brandenburg beisteuern: Auf dem Literatursektor sei eine Verunsicherung nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in Brandenburg festzustellen, weil zu viele Gesprächspartner zu viele Teilbereiche mit den brandenburgischen Vertretern erörterten. Er würde es begrüßen, wenn die Kulturinstitutionen Nordrhein-Westfalens hier eine einheitliche Arbeit leisteten und das Ministerium mit den zuständigen Gremien über eine Führungsrolle redete.

Der Überlegung, eine Konzentration der Kräfte anzustreben, kann **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** zustimmen. Dem Ministerium sei dies bei der Verteilung der Gelder ihres Erachtens jedoch nicht so überzeugend gelungen, wenn es in einer Zeit, in der nicht alles finanzierbar sei, Mittel für den Erwerb des "gotischen Rippenkruges" der Fürstin Salm-Reifferscheidt (s. *Vorlage 11/1583, S. 2*) zur Verfügung stelle. Für sie sei die Frage, was angesichts bestimmter, auch von Minister erwähnter gesellschaftlicher Entwicklungen, die eher einen Erosionsprozeß darstellten, der vor allem die Jugendlichen ergreife, speziell für die jungen Menschen an kultureller Grundversorgung geleistet werden müsse.

In diesem Zusammenhang müsse sie auf die im Bericht nicht angeführten Bereiche Musikschule und Soziokultur zu sprechen kommen. Wichtig erscheine ihr, aus dem Haushalt 1993 gerade solche Kulturarbeit zu unterstützen, die dazu beitrage, ein ausländerfreundliches Klima zu schaffen.

In dem Einführungsbericht sei weiter von Musikveranstaltungen unter dem Motto "Aufbrechen Amerika" die Rede (s. *Vorlage 11/1583, S. 6*). Sie hätte sich gewünscht, daß in Zusammenhang mit den 500-Jahr-Feiern zur Entdeckung Amerikas die Akzente stärker bei der Eroberung Lateinamerikas gesetzt worden wären. Sie würde gerne erfahren, was diesbezüglich im einzelnen stattgefunden habe und ob es Folgeprojekte gebe.

Was die "kulturpolitischen Außenbeziehungen" angehe, müsse Klarheit geschaffen werden, wie die Rolle der Kulturpolitik des Landes im Europa nach Maastricht aussehe. Sie hätte sich hierzu frühzeitigere Informationen und die Gelegenheit gewünscht, im Ausschuß darüber zu diskutieren.

Minister Schwier geht in seiner Beantwortung zunächst auf die Anmerkungen zur Stiftung Preußischer Kulturbesitz ein. Er meine, daß die Stiftung nach der gegenwärtigen Übergangsphase in absehbarer Zeit für Berlin und Brandenburg eine "ganz normale Sache" sein werde - möglicherweise mit Beteiligung der anderen Länder und des Bundes. Nordrhein-Westfalen habe schon immer seine besondere Verantwortung dafür betont und auch entsprechend bezahlt, aber ebenso gefordert, daß der Preußische Kulturbesitz nicht ein von allen finanzierter "Berliner Privatbesitz" werde. Wahrscheinlich sei es an der Zeit, daran wieder einmal zu erinnern, wenngleich im Moment die Hauptsorge sei, das zu erhalten, was man "geerbt" habe.

Kritik an den Standards der Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Vergleich zu nordrhein-westfälischen Museen habe er bisher noch nicht gehört. - Ihm sei Kritisches

wohl im Hinblick auf den Etat der neuen Kunsthalle in Bonn gesagt worden; diesbezüglich gehe er aber davon aus, daß man dort bald zu den normalen Bedingungen gelangen werde, wie sie für die Kunstsammlung NW und die Finanzierung der kommunalen Museen gälten. - Hinsichtlich der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, deren Finanzierung übrigens bis 1994 gesichert sei, werde Nordrhein-Westfalen ein stabilisierender Faktor bleiben, allerdings nicht nach dem Motto: Darauf könnt ihr ruhig schlafen, und das auch noch in Luxusbetten!

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) wirft ein, kein nordrhein-westfälisches Museum leiste sich eine derart luxuriöse bauliche Ausstattung, wie sie zur Zeit in Berlin geschaffen werde. Von daher hätten nordrhein-westfälische Museen die Sorge, daß Nordrhein-Westfalen dafür auf Kosten der hiesigen Standards zahlen müsse. Hier müsse von den Berlinern mehr Sensibilität verlangt werden. - **Ausschußvorsitzende Matthäus** unterstreicht diese Ausführungen.

Minister Schwier wird versuchen, das zu vermitteln.

Bezüglich des Neubaus der Synagoge in Aachen sei er für die Unterstützung aus dem Ausschuß dankbar. Das Land müsse den jüdischen Gemeinden, ohne eine Sondersituation zu proklamieren, dort zu helfen versuchen, wo Bedarf bestehe. Zu den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der jüdischen Kultusgemeinde und dem Land könne vielleicht der Vertreter der Staatskanzlei berichten.

Er hätte keine grundsätzlichen Bedenken dagegen, neben den Landestheatern auch, wie von Dr. Gerritz in die Diskussion gebracht, die Landesorchester ins Gemeindefinanzierungsgesetz aufzunehmen. Angesichts der Möglichkeiten des Kulturhaushaltes seien zunächst - nach Kontaktnahme mit den Kommunalpolitikern - die Landestheater besonders geeignet dafür erschienen. Bei den Landesorchestern bestehe im übrigen die Absicht, ihnen auch den Namen "Landesorchester" zu geben. Nachdem das mit dem Siegener Orchester bereits geschehen sei, sei das demnächst auch bei der Nordwestdeutschen Philharmonie in Herford so vorgesehen.

Daß sich hinsichtlich der Kulturpräsentation Leipzigs die Situation seit 1989 verändert habe, sei nicht zu bestreiten. Auf der anderen Seite sei die seinerzeitige NRW-Kulturpräsentation in Leipzig ein besonderes historisches Ereignis, und von daher könne Leipzig nicht so betrachtet werden wie eine andere Großstadt oder Region der Bundesrepublik. Zu dem Zeitpunkt, als die Partnerschaft mit Brandenburg beschlossen worden sei, hätten schon enge Beziehungen zu Leipzig bestanden, die niemand abrupt

abbrechen wolle. Über Einzelheiten des Programms könne man sicherlich reden. Die dafür vorgesehenen Mittel seien übrigens nicht an anderer Stelle aus dem Kulturetats herausgeschnitten worden, sondern sollten zusätzlich zur Verfügung gestellt werden, weil es sich um eine einmalige Sache handle.

Der Minister wendet sich dann den Fragen Frau Dr. Möhrmanns zu. Eigentlich sei es sein Wunsch, daß das Roma- und Sinti-Theater die Adresse "Skopje" behalte; denn er frage sich, wie lange es noch ein Roma- und Sinti-Theater sein werde, wenn es auf Dauer in Nordrhein-Westfalen bleibe. Er weise nur darauf hin, daß das Verhältnis zwischen den Menschen, die vor längerer Zeit schon nach Deutschland gekommen seien, und denen, die jetzt kämen, nicht völlig ungestört sei. Über die in Mülheim entstandene Partnerschaft sei er sehr froh; das Ministerium habe sich bemüht, die durch Vermittlung von Roberto Ciulli vorgetragene Wünsche zu erfüllen. Wenn aber das Theater hier seinen Sitz nähme, sehe er die Gefahr, daß irgendwann eine ähnliche Situation entstehe wie bei der Philharmonia Hungarica.

Bei dem Gedanken der Förderungskonzentration spiele die gewünschte stärkere Unterstützung der freien Theaterszene eine Rolle. Die Aufnahme neuer Aktivitäten bedinge, das Vorhandene, also die Förderung der Stadttheatern zu reduzieren. Inwieweit die Situation der Stadttheater, die finanziellen Möglichkeiten und die Bereitschaft der Kommunen Veränderungen zuließen, könne er noch nicht abschätzen; darüber sei seines Erachtens im Rahmen der Haushaltsberatungen noch zu reden.

Zur Philharmonie Hungarica - Frage des Abgeordneten Dorn - wolle er nicht so weit gehen zu sagen, daß das Land dieses Orchester nicht gebrauchen könne. Immerhin werde die Philharmonia Hungarica ja in erster Linie vom Bund und zu 10 % von der Stadt Marl finanziert, und der Zuschuß des Landes sei auf einer Höhe von 350 000 DM stehengeblieben. Durch die Verleihung des Namens "Landesorchester" mache das Kultusministerium ja wohl deutlich, welche Orchester besondere Fürsorge brauchten und auch bekämen.

Er nehme gerne die Anregung auf, die "Außenbeziehungen" der Literaturbüros zusammenzufassen - ohne in deren Souveränität in bezug auf Lesungen, Literatenbegegnungen usw. einzugreifen -, damit nicht so viele Reibungsverluste entstünden.

Bezüglich der von Frau Schumann angesprochenen Musikschulen sei die - wiederholt dargelegte - Position der Landesregierung unverändert.

Zur Soziokultur könne man natürlich sagen, daß mehr Förderung notwendig sei; es gebe aber durchaus positive Beispiele dafür, daß das Land auf diesem Gebiet Ent-

wicklungen unterstütze. Wenn es so weit käme, daß Gruppen, die sich zusammenfänden, um Soziokultur zu machen, erst anfangen wollten, wenn Landesgeld fließe, wäre das eine Entwicklung, die sicherlich niemand wolle.

Abschließend betont der Minister die Wichtigkeit und Notwendigkeit der "Kultur-Außenbeziehungen" eines Landes, gerade im zusammenwachsenden Europa. Die Erfahrungen, die in diesem Jahr mit der Tschechoslowakei und im nächsten Jahr mit Portugal gesammelt würden, sollten - selbstverständlich auch mit dem Kulturausschuß - jeweils aufbereitet werden.

**b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei
- kulturelevante Haushaltspositionen -**

Vorlage 11/1542

Ministerialdirigent Dr. Dästner (Staatskanzlei) trägt zur Einführung vor:

Zu dem Komplex "Jüdische Kultusgemeinden" würde ich gerne aus der Sicht der Staatskanzlei zunächst insoweit etwas ergänzen, als der Ministerpräsident für den Abschluß von Staatsverträgen und sonstigen Verträgen des Landes federführend zuständig ist.

Zu diesem Thema ist zu berichten, daß die Vorbereitungen für einen Vertrag mit den jüdischen Kultusgemeinden so weit gediehen sind, daß wir davon ausgehen können, daß es noch in diesem Jahr zu einem förmlichen Abschluß des Vertrages kommt. Das hätte auch Auswirkungen auf den vorliegenden Haushaltsentwurf des Kultusministeriums, und zwar insofern, als bei "Ermessenszuschüsse für jüdische Kultusgemeinden" ein Ansatz in gleicher Höhe wie im Vorjahr ausgebracht ist.

Die Verhandlungen gehen zurück bis in das Jahr 1989. Damals hatte der Ministerpräsident nach Gesprächen mit den drei Verbänden - der Landesverband Nordrhein, der Landesverband Westfalen und die Synagogengemeinde in Köln - eine Arbeitsgruppe beauftragt, Vorgespräche mit den jüdischen Kultusgemeinden darüber aufzunehmen, wie die Leistungen, die das Land erbringt, auf eine

tragfähige rechtliche Grundlage gestellt werden können. Diese Verhandlungen haben sich relativ lange hingezogen, weil auf der jüdischen Seite das Bedürfnis bestand, das Verhältnis der Landesverbände untereinander zu klären und insbesondere vermieden werden sollte, daß durch eine vertragliche Vereinbarung etwa eine Zentralisierung der Verbandsstruktur herbeigeführt wird.

Die Gespräche sind im Frühjahr dieses Jahres so weit gediehen, daß das Kabinett einen Bericht entgegennehmen konnte und beschlossen hat, die offiziellen Verhandlungen mit der jüdischen Seite aufzunehmen. Diese sind noch in der letzten Woche vor der Sommerpause abgeschlossen worden. Es steht jetzt eine förmliche Beschlußfassung der Landesregierung über den Vertrag mit den jüdischen Kultusgemeinden an. Gerade heute ist die Vorinformation an die Fraktionsspitzen herausgegangen - entsprechend der ständigen Praxis, daß vor Abschluß von grundlegenden Verträgen auch die Fraktionen unterrichtet werden. Der Vertragsentwurf befindet sich also auf dem Wege zum Landtag.

Obwohl das im Kabinett noch nicht verabschiedet worden ist, kann ich sagen, daß beabsichtigt ist, die laufenden Leistungen an die jüdischen Kultusgemeinden, die aus dem Kultushaushalt fließen, substantiell zu erhöhen. Es ist vorgesehen, im nächsten Jahr anstelle der im Haushaltsentwurf vorgesehenen 750 900 DM einen Betrag von 2 Millionen DM an die jüdischen Kultusgemeinden zu zahlen. Die Zuschüsse sollen dann stufenweise in den nächsten Jahren bis auf den Betrag von 3,5 Millionen DM erhöht werden.

Dies erklärt sich zum einen aus der bereits angesprochenen Zuwanderungsbewegung. Von 1990 bis zum 31. Februar 1992 hat sich die Zahl der Mitglieder der jüdischen Gemeinden von 4200 auf 6600 erhöht. Darüber hinaus verändern sich die Strukturen der jüdischen Gemeinden auch dadurch, daß die Zuwanderer zumeist aus Rußland oder anderen osteuropäischen Staaten kommen, in einer anderen Tradition gelebt haben und dadurch die Integrationsleistung der relativ kleinen jüdischen Gemeinden erheblich gesteigert werden muß, wofür eine erhebliche Unterstützung notwendig ist.

Nicht enthalten in diesem Ansatz sind Beträge für Investitionen, insbesondere Neubauten. Der Zuschuß für den Neubau der Synagoge in Aachen ist ja auch nicht in diesem Betrag enthalten. Diesbezüglich sieht der Vertrag nur vor, was auch bisher geltende Rechtslage ist: daß das Land nach den Möglichkeiten des Haushaltes bei Investitionen zur Errichtung oder Erweiterung von Bauten der jüdischen Gemeinden einen Zuschuß leistet.

Der Terminplan sieht vor, daß der Vertrag Ende November förmlich unterzeichnet wird. Sobald das geschehen ist, wird er dem Landtag zur förmlichen Ratifikation zugeleitet. Der Finanzminister beabsichtigt dann, eine Ergänzungsvorlage zu den Auswirkungen auf den Kulturhaushalt einzubringen.

Nun zu den kulturelevanten Titeln im Einzelplan 02!

Gegenüber dem Haushalt des letzten Jahres ergeben sich keine sehr wesentlichen Änderungen.

Es geht als erstes um den Titel 529 40 im Kap. 02 010: Zur Verfügung des Ministerpräsidenten für Aufgaben auf kulturellem Gebiet. Der Ansatz beläuft sich auf denselben Betrag wie im vergangenen Jahr, nämlich 200 000 DM. Es handelt sich um Mittel, über die der Ministerpräsident zur Unterstützung von Kultureinrichtungen verfügen kann, um einzelne Künstler oder Künstlergruppen zu unterstützen, die entweder in Nordrhein-Westfalen gastieren oder in Nordrhein-Westfalen ansässig sind und Gastspielreisen in andere Länder unternehmen. In der Regel handelt es sich um Zuschüsse unterhalb von 10 000 DM. Die Zuschüsse werden in Abstimmung mit dem Kultusministerium vergeben. Die Einrichtung hängt stark damit zusammen, daß der Ministerpräsident in seiner Funktion als Regierungschef und Oberhaupt des Landes immer wieder gebeten wird, die Schirmherrschaft über kulturelle Veranstaltungen zu übernehmen.

Als nächstes ist Titel 541 12 zu nennen: NRW-Kulturprogramm im Deutschen Pavillon auf der Weltausstellung in Sevilla. Da die Weltausstellung in diesem Jahr zu Ende geht und weiter nichts zu veranlassen ist, ist ein Null-Ansatz vorhanden. Falls Interesse besteht, wäre ich auch in der Lage, etwas zu dem zu sagen, was dort geschehen ist.

Ich komme dann zu den Medien, Kapitel 02 040. Da geht es zum einen um den Titel 685 10: Zuschuß an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH. Hier ist eine Steigerung vorgesehen. Im letzten Jahr betrug der Ansatz 15 Millionen DM; für 1993 sind 16,7 Millionen DM vorgesehen.

Die Filmstiftung wird, wie Sie wissen, vom Land Nordrhein-Westfalen und vom Westdeutschen Rundfunk gemeinsam getragen und dient dazu, Aktivitäten zur Förderung der Filmproduktion im Lande zu bezuschussen. Die Mittel werden wie folgt aufgebracht: Nach § 48 a des WDR-Gesetzes erhält der WDR 45 % des sogenannten Zwei-Prozent-Zuschlages auf die Rundfunkgebühr. Der Landtag hat kürzlich ja das 5. Rundfunkänderungsgesetz verabschiedet, in dem jetzt

gesetzlich geregelt ist, daß die sogenannten LFR-Überschußmittel, die dem WDR zur Verfügung stehen, für Zwecke der Filmstiftung bereitgestellt werden sollen. Dadurch ist die Filmstiftung, was die Mittel aus den Rundfunkgebühren angeht, auf eine tragfähige rechtliche Grundlage gestellt worden, die auch Planungssicherheit gibt.

Entsprechend der vertraglichen Grundlage der Filmstiftung erbringt das Land in gleicher Höhe einen Beitrag zu den Mitteln, die der WDR einbringt. Die WDR-Mittel aus Rundfunkgebühren belaufen sich auf 14,7 Millionen DM. Der WDR steuert aus seinem eigenen Etat 2 Millionen DM dazu, so daß es sich 16,7 Millionen DM sind. Dementsprechend sind die Landesmittel, die dort einzubringen sind, auch auf 16,7 Millionen DM beziffert.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß es einen Einnahmetitel gibt - Titel 182 00 - für den Fall, daß die Filmstiftung Rückzahlungen aus der Verwertung von geförderten Filmen erhält. Da wir bisher nicht übersehen können, ob dieser Fall eintritt, ist dieser Titel derzeit mit 0 angesetzt.

Dann zum Titel 685 30: Zuschuß für das Filmfestival Nordrhein-Westfalen in Köln. Wie Sie wissen, hat dieses Festival gerade erst stattgefunden. Im Vorfeld hat es einige Turbulenzen gegeben - das ist beim Kölner Festival geradezu schon Tradition -, aber erfreulicherweise war doch die Resonanz anschließend so, daß wir es als eine erfolgreiche Veranstaltung bewerten. Es sind mehr als 100 Filme vorgeführt worden. Die Zuschauerresonanz war erheblich; 35 000 Eintrittskarten sind verkauft worden. Eine 90%ige Auslastung der Kinos ist etwas, das es vor Jahren sicherlich nicht gegeben hat. 1000 Fachjournalisten haben das Filmfestival beobachtet. Das Presseecho war ganz überwiegend positiv.

Für das nächste Jahr ist vorgesehen, zur Förderung dieses Filmfestivals einen Betrag von 400 000 DM zur Verfügung zu stellen. Das bedeutet eine Erhöhung um 100 000 DM, die wie folgt begründet wird: Es geht zum einen darum, Preissteigerungen auszugleichen. Dann hat sich auch diesmal wieder erwiesen, daß das Filmfestival einer besseren organisatorischen Grundlage bedarf. Es soll ermöglicht werden, daß das Kölner Büro mit fest angestellten Mitarbeitern besetzt wird.

Schließlich hat sich gezeigt, daß in der Konkurrenz zu den nationalen Filmfestivals in Berlin und in München das Haushaltsvolumen des Kölner Filmfestivals noch zu gering ist. Wir können da zwar nicht mithalten, und es ist auch nicht beabsichtigt, etwa den Landeszuschuß in die gleiche Größenordnung zu katapul-

tieren, wie das dort geschieht. In Berlin wird die "Berlinale" mit 4,6 Millionen DM aus dem Landeshaushalt unterstützt, und in München sind es immerhin 2,1 Millionen DM. Insofern bewegen wir uns da in bescheidenerem Rahmen; aber wir sind doch der Meinung, daß diese Erhöhung notwendig ist, auch um etwas mehr Ruhe in die Fortsetzung dieser Aktivitäten zu bringen.

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) bemerkt, es liege in der Natur von Filmfestivals, daß deren Entwicklung nicht geradlinig verlaufe und besonders die Anfangsphase schwierig sei. Dem müsse Rechnung getragen werden. Auf der anderen Seite sei eine gewisse Kontinuität zu gewährleisten. Die vorgesehene Steigerung um 100 000 DM erscheine ihr im Hinblick auf die Planungsphase eher gering. Sie wüßte gerne, ob die Landesregierung konkrete Vorstellungen habe, wie die personelle Situation verbessert und die Zukunft des Kölner Filmfestivals gesichert werden könne.

Nach Meinung des **Abgeordneten Dorn (F.D.P.)** kann das Kölner Filmfestival nicht mit Berlin oder München verglichen werden. Die dortigen Filmfestivals seien nicht nur unter anderen finanziellen Startvoraussetzungen, sondern auch unter anderen Leistungskriterien angetreten. In Köln erlebe man immer eine Reihe von Flop-Veranstaltungen; der "Kölsche Klüngel" feiere dort Urständ. Das von Herrn Dästner festgestellte "überwiegend positive Presseecho" beziehe sich nur auf die allgemeine Beurteilung; sobald es ins Detail gehe, sei an einer Fülle von Einzelbeispielen abzulesen, was von der Vorbereitung bis zur Durchführung alles falsch gelaufen sei.

Zu dem Zuschuß an die Filmstiftung NRW möchte er gerne wissen, ob die dort ausgebrachte Verpflichtungsermächtigung von 6 Millionen DM womöglich seitens der Staatskanzlei irgendwo in der Welt verteilt werden sollten, wie es seinerzeit ohne Rücksprache mit den Millionen für Babelsberg geschehen sei, die für die Kultur in Nordrhein-Westfalen vermutlich sinnvoller hätten verwendet werden können.

MDgt Dr. Dästner (StK) antwortet Frau Möhrmann, auch er kenne Äußerungen, nach denen das Kölner Filmfestival noch nicht professionell genug sei. Nachdem der erste, großzügig ausgestattete Versuch viel Kritik hervorgerufen habe, meine er, daß der zweite, etwas bescheidenere Versuch richtiger gewesen sei. Es sei nun konsequent, zu versuchen, den jetzt gefundenen Ansatz organisch weiterzuentwickeln. Eine größere Steigerung ließe sich angesichts der finanziellen Situation und in Hinblick darauf, daß es auch kulturelle Filmförderung und westfälische Standorte gebe, wohl kaum rechtfertigen.

Die vom Abgeordneten Dorn angeführte Kritik habe sich nach seiner Erinnerung in erster Linie auf die ursprüngliche, nicht verwirklichte Konzeption bezogen, ein "Ring-Festival" mit publikumsintensivem Rummel durchzuführen. Davon abgesehen sei die Kritik eher positiv ausgefallen. Die erwünschte Funktion, auch noch nicht etablierten Filmen einen Marktzugang zu verschaffen, sei bisher nicht voll erfüllt worden, lasse sich auf der Basis des gefundenen Ansatzes aber sicherlich ausbauen.

Die Verpflichtungsermächtigung von 6 Millionen DM bei Titel 685 10 - Zuschuß an die Filmstiftung NRW - habe nur den Sinn, daß Förderungsbescheide, die sich über mehr als ein Jahr erstrecken, mit Verpflichtungswirkung für das nächste Jahr herausgegeben werden könnten.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) fragt nach, ob das heiße, daß diese 6 Millionen DM von der Staatskanzlei für Veranstaltungen im Jahre 1993 nicht in Anspruch genommen würden. - "So können Sie mich verstehen", antwortet **MDgt Dr. Dästner (StK)**.

- c) **Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr**
- Kapitel 15 040 Titelgruppen 70 und 80,
Kapitel 15 070 und Kapitel 15 300 -

Vorlagen 11/1518 und 11/1530

Ministerialdirigent Dr. Roters (Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr) berichtet zur Einführung:

Ihnen liegt der Text der Einführung in den Haushaltsentwurf 1993 unseres Hauses vor. Ich darf mich daher auf einige weiterführende, konkretisierende Bemerkungen beschränken.

Die Haushaltsansätze mit kulturellem Bezug im Aufgabenbereich des MSV sind im Entwurf des Haushalts 1993 gegenüber 1992 fast unverändert geblieben. Die Zuschüsse und Zuweisungen, die 1992 insgesamt im Stammhaushalt veranschlagt waren, sind für 1993 für die Bereiche gemeindeeigene Denkmäler und bodendenkmalpflegerische Maßnahmen über das GFG im Kapitel 20 030 etatiert.

Die kulturnahen Aspekte der Stadterneuerung lassen sich in vier Bereiche unterteilen:

1. die Förderung von Bau- und Bodendenkmälern in der Hand von Privaten, Kirchen und Gemeinden,
2. Denkmalschutz und Denkmalpflege im staatlichen Bereich,
3. die Ressortforschung, ebenfalls in den Bereichen Denkmalschutz und Denkmalpflege,
4. der Einsatz von Stadterneuerungsmitteln.

Die Ansätze für die Förderung von Bau- und Bodendenkmälern in der Hand von Privaten, Kirchen und Gemeinden sind mit insgesamt 58,3 Millionen DM gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Für die im Rahmen des Denkmalschutzgesetzes vorgesehene Förderung der Bau- und Bodendenkmäler in der Hand von Privatpersonen und Kirchen werden - wie 1992 im Stammhaushalt - 22,5 Millionen DM ausgewiesen. Die Vorbelastung dieses Ansatzes durch Verpflichtungsermächtigungen früherer Jahre zu Lasten des Haushalts 1993 wird durch gleich hohe Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 15 Millionen DM zu Lasten der Haushalte 1994 und 1995 ausgeglichen, so daß wir insgesamt einen breiteren Rahmen haben.

Im Stammhaushalt sind weiter 11,5 Millionen DM für Pauschalzuweisungen an die Gemeinden für kleinere private Denkmalpflegemaßnahmen ausgebracht, genau wie in den Vorjahren. Dieser Ansatz wird ergänzt durch gleich hohe gemeindeeigene Zuwendungen, die für denselben Verwendungszweck zur Verfügung gestellt werden.

Aus dem Stammhaushalt herausgenommen und in das GFG eingestellt wurde die kommunale Baudenkmalpflege, für die - ebenfalls wie früher - 15,7 Millionen DM zur Verfügung stehen. Ebenfalls in das GFG übernommen wurde der Ansatz für Bodendenkmalpflege. Der Ansatz beträgt hier wie im Vorjahr 8,6 Millionen DM.

Auch die sonstigen Ansätze im Bereich der Denkmalpflege sind gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr unverändert geblieben. Die Restaurierungsarbeiten am Dom zu Köln unterstützen wir mit 1,3 Millionen DM. Das Forschungsprojekt und die Ausstellungen des Weserrenaissance-Museums in Lemgo bekommen 1 Million DM. Die Landschaftsverbände erhalten für den Ankauf von Exponaten für die beiden Industriemuseen 220 000 DM sowie Druckkostenzuschüsse für die Denkmalpflege in Höhe von 300 000 DM und für die Bodendenkmalpflege in

Höhe von 150 000 DM, ferner Zuschüsse für die Heimatbünde und die Finanzierung der Geschäftsstelle des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz in Höhe von 150 000 DM.

Bei der Aufstellung des Haushalts 1993 waren uns die Schäden, die das Erdbeben vom April insbesondere an Kirchen und privaten Baudenkmalern angerichtet hat, noch nicht bekannt. Nach bisher vorliegenden Schätzungen werden die fachgerechten Instandsetzungsmaßnahmen, die nicht von den Versicherungen der Eigentümer und auch nicht vom Sonderprogramm des Innenministers für Erdbebensgeschädigte aufgefangen werden können, das Denkmalförderprogramm in den nächsten Jahren zusätzlich belasten. Wir schätzen, daß während der nächsten drei bis vier Jahre mit einem Mehrbedarf von jährlich 2 Millionen DM für die privaten und kirchlichen Denkmaleigentümer zu rechnen ist, um die vom Erdbeben verursachten denkmalpflegerischen Instandsetzungskosten zumutbar zu machen.

Im staatlichen Denkmalbereich werden die Arbeiten an der Zitadelle in Jülich, am Schloß Bensberg und an den Schlössern Augustsburg und Falkenlust in Brühl weiter fortgesetzt.

Die Denkmalpflege wird auch durch Einsatz von Forschungsmitteln gefördert. Untersuchungsbedarf besteht beispielsweise auf dem Gebiet der Industriedenkmalpflege und für die Architektur der Nachkriegszeit. Hier werden im nächsten und übernächsten Jahr entsprechende Forschungsaufträge vergeben werden.

Die über das GFG zur Verfügung gestellten Stadterneuerungsmittel wurden in den zurückliegenden fünf Jahren zu rund einem Drittel für Maßnahmen mit vielfältigem kulturellen Bezug eingesetzt. Trotz der deutlich dringender werdenden Aufgaben - vor allem mit strukturpolitischem Bezug oder mit wohnungspolitischer Bedeutung - bleibt es bei diesem Engagement der Stadterneuerung für kulturnahe Investitionen.

Die Erneuerung der historischen Stadt- und Ortskerne gehört zu den Schwerpunkten der Stadterneuerungspolitik in Nordrhein-Westfalen. Auf diese Weise wollen wir das städtebauliche und kulturelle Erbe unseres Landes künftigen Generationen erhalten. Hier ist Kontinuität zugesichert.

Trotz seines reichen baulichen historischen Erbes ist Nordrhein-Westfalen auch eine industriell geprägte Landschaft. Seit sich die Montanindustrie immer weiter zurückzieht, ist die Erneuerung dieser Industrielandschaft eine Aufgabe von

zentraler Bedeutung. Dabei spielen die Industriedenkmäler für die historische und kulturelle Identität eine wichtige Rolle.

Es erscheint aussichtsreich, daß es in absehbarer Zeit zu einer Gemeinschaftslösung für den Erhalt der unbestreitbar bedeutenden Zeugen dieser industriellen Entwicklung in Nordrhein-Westfalen kommen kann. Diese Gemeinschaftslösung beruht auf dem Konsens und dem Willen der Eigentümer, der Denkmalpflege und der Landesregierung, sich für die Sicherung der industriellen Spuren unserer Geschichte zu engagieren. Wir werden über den Fortgang der Gespräche mit den Beteiligten berichten.

In einer Reihe von Fällen haben wir die gesamten technischen Produktionsanlagen als Industriemuseum erhalten. Das gilt insbesondere für die Industriemuseen der Landschaftsverbände, die an 14 Standorten die Nordrhein-Westfalen prägende Industrie in besonders herausragenden, typischen Denkmälern bewahren und der Öffentlichkeit präsentieren wollen. Erst kürzlich konnten wir das alte Schiffshebewerk Henrichenburg als Museumsstandort eröffnen.

Eine weitere Möglichkeit des Erhalts technischer Denkmäler ist die Umnutzung industrieller Teilanlagen für neue Zwecke, nämlich wirtschaftliche, soziale und kulturelle. Das geschieht in Nordrhein-Westfalen bereits nicht nur mit Anlagen von Industrie und Technik, sondern auch mit sonstigen Baudenkmalern und Gebäuden mit stadtbildprägender Bedeutung. Auch da bleibt es bei der Kontinuität im Verhältnis zu den vergangenen Jahren.

Ich darf vielleicht aus der Vielzahl für Umnutzungen für kulturelle Zwecke zwei Projekte hervorheben: Das ist zum einen das Weserrenaissance-Museum, über das wir schon berichtet haben. Ebenfalls eröffnen konnten wir in diesem Jahr die Vorabausstellung des Preußen-Museums in dem ehemaligen Befestigungsbauwerk für die Eisenbahn in Minden. Diese Ausstellung hat eine außerordentlich positive Aufnahme in der Fachpresse und in der Öffentlichkeit gefunden. Im nächsten Jahr beginnt der Umbau des sogenannten Körnermagazins der Zitadelle in Wesel zu einem Museum für preußische Geschichte im Rheinland.

Einen ausführlichen Bericht über das Preußen-Museum werden wir Ihnen im Frühjahr 1993 geben können, wenn sich die Umbaupläne für den Standort in Minden konkretisiert haben.

Lassen Sie mich abschließend darauf hinweisen, daß wir aus Stadterneuerungsmitteln den Umbau von etwa 100 denkmalwerten oder stadtbildprägenden Bauten

in Kindergärten oder in Kindertagesstätten mit 70 % der Umbaukosten fördern werden. Wir versprechen uns davon einen bescheidenen, aber doch nicht ganz unmaßgeblichen Beitrag der Städtebauförderung sowohl für den Erhalt dieser Bauten wie auch zugleich zum Abbau der Defizite bei den Kindergartenplätzen.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) führt - erstens - aus, Minister Kniola habe sich zum Thema "Denkmallisten" geäußert und gewisse Disproportionalitäten in Nordrhein-Westfalen festgestellt. In einigen Kommunen schreite die Inventarisierung zügig fort, während sich in anderen Kommunen kaum etwas vollziehe. Er wüßte gern, wie sich das Ministerium in dieser Hinsicht die Zukunft vorstelle; besonders interessiere ihn, wie die Situation im Ruhrgebiet aussehe.

Nach seinem Eindruck sei dort, wo es viele Denkmäler gebe, eher eine pflegliche Behandlung gewährleistet und eine größere Sensibilität in der Bevölkerung vorhanden, während in den Gemeinden, in denen es relativ wenige Denkmäler gebe, eher eine geringere Neigung zu einem pfleglichen Umgang festzustellen sei.

Zweitens: Im vorigem Jahr seien bei den Pauschalzuweisungen an die Gemeinden für Denkmalpflegemaßnahmen Kürzungen vorgenommen worden. Der Ausschuß habe einvernehmlich einen Bericht über die Folgen dieser Maßnahme erbeten. Er wäre dankbar, dazu jetzt schon einige Bemerkungen zu hören.

Drittens wüßte er gerne, ob die Zuschüsse für die Beseitigung der Erdbebenschäden aus einem "Sondertopf" genommen oder woanders abgezogen würden.

Viertens interessiere ihn, ob das Ministerium an dem Projekt arbeite, eine alte Mühle in Linnich umzubauen, um dort ein Museum für Glasmalerei - an dem die diesbezügliche Industrie der gesamten Bundesrepublik beteiligt sei - einzurichten.

Abgeordneter Dr. Horn (CDU) äußert den Wunsch, zum Vergleich nicht die Zahlen des Vorjahres, sondern die des Jahres 1991 heranzuziehen, weil es ja 1992 bei bestimmten Positionen Kürzungen gegeben habe.

Zu dem - lobenswerten - Vorhaben, 100 Denkmalobjekte zu Kindertagesstätten herzurichten, interessiere ihn, ob das schon mit den Kommunen abgesprochen sei.

Hinsichtlich der von Dr. Gerritz angesprochenen Disproportionalitäten zwischen den Gemeinden möchte er wissen, ob die Landesregierung bereit sei, die Kommunen zu

unterstützen, in denen es Schwierigkeiten gebe und in denen die Bürger für die Ideen des Denkmalschutzes erst noch gewonnen werden müßten.

Abgeordneter Grätz (SPD) bittet mitzuteilen, ob auch durch Modernisierungsmittel weiterhin denkmalpflegerische Anliegen verfolgt würden.

Zweitens fragt er, inwieweit aus dem Programm "Kohleregionen" denkmalpflegerische Aktivitäten unterstützt würden. Diese seien zu den Einsparungen zum Haushalt 1992 in Beziehung zu setzen.

Drittens möchte er wissen, ob die Zuweisungen für das Weserrenaissance-Museum von 1 Millionen DM als Daueraufgabe zu verstehen seien.

Viertens bitte er um Auskunft, in welcher Weise das Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr ideell oder vielleicht auch materiell die Denkmalpflege in Ostdeutschland unterstütze.

Anknüpfend an die Ausführungen zur Industrielandschaft Nordrhein-Westfalen merkt **Abgeordnete Dr. Möhrmann (ODU)** an, vor der Sommerpause habe sie bei einem Gespräch mit dem Industriefotografen Prof. Becher erfahren, daß es Probleme gebe, für dessen beträchtliche Sammlung ein Haus in Nordrhein-Westfalen zu finden, nachdem der Vertrag über die jetzigen Räumlichkeiten auslaufe. Zugleich gebe es in Kanada Interesse daran. Sie appelliere, etwas zu unternehmen, damit diese Sammlung, die nach Nordrhein-Westfalen gehöre, nicht ins Ausland verkauft werde.

Der **Abgeordneten Schumann (GRÜNE)** ist aufgefallen, daß das Bodendenkmal "Römischer Hafen in Xanten", über das der Ausschuß vor einem Jahr diskutiert habe (vgl. *APr. 11/331, S. 4 ff.*), im Haushaltsentwurf nicht auftauche, und wüßte gerne, ob inzwischen Entscheidungen dazu getroffen worden seien.

Ausschußvorsitzende Matthäus fragt bei der Gelegenheit, wie berechtigt die Sorgen seien, die bezüglich Cappenberg zur Zeit wieder in der Presse geäußert würden.

Bei seiner Beantwortung der Fragen spricht **MDgt Dr. Roters (MSV)** zunächst die Disproportionalitäten zwischen den Gemeinden bezüglich der Denkmallisten an. In

den letzten Wochen habe das Ministerium Listen über die Erfassung von Denkmälern in den Kommunen erarbeitet. Der Zustand sei in der Tat sehr unterschiedlich: Einige Gemeinden hätten ihre Aufgabe fast hundertprozentig erfüllt, andere seien kaum damit angefangen. Er könne die vollständigen Listen zur Verfügung stellen, wenn es gewünscht werde. - Dies wird aus dem Ausschuß signalisiert.

MDgt Dr. Roters (MSV) fährt fort, der erbetene Bericht darüber, wie das Ministerium versucht habe, die Situation der Kürzungen bei den Pauschalzuweisungen zu meistern, werde in den nächsten Tagen fertiggestellt. Die gegenüber 1991 vorgenommene Kürzung von 5,7 Millionen DM habe einige schmerzliche Entscheidungen, Maßnahmen zum Erhalt von Denkmälern zurückzustellen, notwendig gemacht.

Für die Beseitigung der Erdbebenschäden bei Denkmälern gebe es keinen gesonderten Topf; das Ministerium sei gezwungen, dies aus den vorhandenen Mitteln zu finanzieren. Es werde also erneut eine Umschichtung erfolgen müssen, was das soeben angesprochene Problem weiter verschärfe.

Bezüglich des Museums für Glasmalerei in Linnich bleibe die Landesregierung bei ihrer Zusage, den Umbau der Mühle zu fördern. Zur Zeit fänden Gespräche mit der Nordrhein-Westfalen-Stiftung statt; wenn diese ihren Teil dazugebe, sei ein tragfähiges Finanzierungsmodell gefunden.

Was die Umnutzung von denkmalwerten Gebäuden zu Kindergärten angehe, seien die Landesdirektoren der Landschaftsverbände gebeten worden, Listen der Objekte vorzulegen, die sich relativ schnell für diesen Zweck herrichten ließen. Dann solle unverzüglich mit einigen auch aus der Sicht der Denkmalpflege dringenden Projekten begonnen werden. Im übrigen solle der Rücklauf aus den Kommunen abgewartet werden.

Modernisierungsmittel würden genau wie bisher auch zum Zwecke der Denkmalpflege eingesetzt. Aufgrund der veränderten Situation auf dem Wohnungsmarkt würden diese Mittel allerdings zur Zeit teilweise in Neubaumittel umgewandelt. Dies bereite aus seiner Sicht eine gewisse Sorge; zur Zeit werde jedoch mit dem zuständigen Ministerium darüber gesprochen, das etwas zu relativieren.

Aus dem Handlungsrahmen für die Kohleregionen seien vor der Sommerpause erste Mittel zur Verfügung gestellt worden; die weiteren Entscheidungen würden in den nächsten Wochen getroffen. Er sei zuversichtlich, daß die Denkmalpflege davon erheblich profitieren werde.

Das Weserrenaissance-Programm, das jährlich einen Haushaltsansatz von 1 Million DM vorsehe, erstrecke sich über sieben Jahre; es ende 1996.

Was die von Frau Dr. Möhrmann angesprochene Sammlung von Prof. Becher angehe, werde intensiv versucht, geeignete Räumlichkeiten zu finden. Dabei seien die Anforderungen von Prof. Becher mit den finanziellen Möglichkeiten des Landes in Einklang zu bringen. Er denke, daß es gelingen könne, die Sammlung im Land zu behalten.

Daß der angekündigte Bericht über den "Römischen Hafen" in Xanten noch nicht vorliege, hänge mit der Komplexität des Problems zusammen. Entscheidungen könnten zur Zeit noch nicht getroffen werden. Er könne aber zusagen, daß dem Ausschuß Anfang 1993 ein Bericht zugeleitet werde.

Zur Förderung der Denkmalpflege in den östlichen Bundesländern erläutert **Ministerialrat Dr. Memmesheimer (MSV)**: Das Ministerium habe keine finanzielle, wohl aber eine Fülle von ideellen Hilfen gewährt. Im vorigem Jahr sei eine Beratergruppe, bestehend aus Städtebauern, Denkmalpflegern, Planern und Planungsrechtlern, gebildet und zu 35 historischen Orten entsandt worden, die um eine Beratung hinsichtlich der Sanierung gebeten hätten.

Weiter habe die Erarbeitung der Grundlagen des Denkmalschutzgesetzes für Brandenburg in enger Abstimmung mit den Denkmaljuristen des MSV stattgefunden. Vertreter des Ministeriums hätten auch gemeinsam mit der obersten brandenburgischen Denkmalbehörde Handreichungen erarbeitet, die den Behörden wie auch den Denkmaleigentümern die Anwendung des Gesetzes erläutern sollten. Auch bei der Erarbeitung eines Referentenentwurfs eines Denkmalschutzgesetzes für Mecklenburg-Vorpommern habe das MSV Hilfe geleistet.

Die Frage der **Ausschußvorsitzenden**, ob dabei die Denkmalschützer, die es in den neuen Ländern ja in größerer Zahl gebe, einbezogen seien, bejaht **MR Dr. Memmesheimer (MSV)**. Die Fachkompetenz der Denkmalschützer sei dort keineswegs schlechter als in Nordrhein-Westfalen; es gehe vielmehr um das verwaltungsmäßige Umsetzen, beispielsweise die Bearbeitung von Widersprüchen.

Zu Cappenberg merkt der Redner an, trotz der Setzungen - die erwartet worden seien - hätten die Messungen Werte deutlich unterhalb des Erwarteten ergeben. Nach seinen Informationen gebe es nach wie vor weder bei dem landeseigenen noch bei

dem privaten Denkmal Anzeichen für Schäden. Die Sorgen bezögen sich offenbar mehr auf die umgebende Landschaft und den Wald, obwohl auch dort keine Phänomene zu erkennen seien.

Auf die Frage des Abgeordneten Schultheis (SPD), ob bezüglich der Erdbebenschäden die erwähnte Förderung nur bei privaten oder auch bei kommunalen Denkmälern erfolge, antwortet MDgt Dr. Roters (MSV), das Hauptproblem liege bei den privaten Denkmaleigentümern. Bei den Kommunen könne versucht werden, auf anderem Wege zu helfen.

Zu TOP 2 - Abstimmung über den Gesetzentwurf zur "Katholischen Soldatenseelsorge" - k e i n e Diskussion.

3 Finanzbedarf der Freien Theater

Staatssekretär Dr. Besch (Kultusministerium) berichtet wie folgt:

Ich möchte zunächst auf die konkrete Frage der CDU-Fraktion eingehen: Warum wird die Studie der "Theaterkooperative" in Herne zur Situation der Freien Theater in Nordrhein-Westfalen nicht vom Land gefördert?

Der Sachverhalt ist folgender: Die Theaterkooperative in Herne besteht seit 1984 und bezog 1988 ihr eigenes Büro in Herne. Sie wird seit 1990 vom Land Nordrhein-Westfalen mit 80 000 DM institutionell gefördert - ein im Vergleich zu anderen Bundesländern einmaliges Engagement.

Als das Büro der Theaterkooperative mit der jährlichen institutionellen Förderung ausgestattet war, trat es an das Kultusministerium heran, um die Erstellung und Publizierung einer aktuellen wissenschaftlichen Studie über die soziale und ökonomische Situation der freien Theater in Nordrhein-Westfalen durch die neu eingestellte Diplom-Soziologin Ulrike Speckmann finanzieren zu können. Wir mußten aus finanziellen Gründen eine Sonderförderung für eine Studie, deren